

deutsche Familie — und besonders die sogenannte „Kinderreiche“ — kaum einen Ausweg aus dieser dringenden Notlage offen. Bereits 1929 fehlten für die Finanzierung des Wohnungsbaues etwa 500 bis 600 Millionen Mark, und

Schon jetzt steht so gut wie fest, daß im Jahre 1930 etwa eine Milliarde — also ein Drittel der für den dringenden Wohnungsbau benötigten Geldmittel — ausfallen wird.

Bei diesem Zustand ist natürlich nicht die geringste Aussicht vorhanden, auch noch die vielen tausend seit Jahren abbruchreifen Wohnungen zu ersetzen und die Menschen wenigstens aus den ungesündesten, allen sanitäts- und baupolizeilichen Vorschriften hohnsprechenden Wohnungen zu befreien. Auch der Ueberfüllung der Wohnungen wird selbst in ihren schlimmsten Formen nicht gesteuert werden können. All dieses Elend trifft vor allem die Familien und unter ihnen besonders diejenigen mit den meisten Kindern, in den kleinsten und schlechtesten Wohnungen.

Was bedeutet menschlich, sozial, kulturell und politisch der Inhalt dieser wenigen Zahlen für die Familie und für den Staat? Er bedeutet: verspätete Ehe-schließung und Haushaltsgründung, — Kinderlosigkeit, — körperliche und sittliche Anstehungsgefahr, — erschwerte Unterordnung, oft auch Unauferkeit, — Streit, — Wirbelschmerz, — Trunksucht, — Ehezer-rüttung, — freudlose oder gar verwahrlöste Jugend, — überreizte Erwachsene, — geprügelte Kinder, — unaufreie, feind-selige, verärgerte Staatsbürger!...

Alles Bauen hat keinen Zweck und alles Jammer über Verwahrlösung der Jugend oder über den angeblich sinkenden „Wissen zum Rinde“

ist sinnlos, solange die große Masse der Bevölkerung nicht die Möglichkeit hat, die genügende Anzahl an Woh-nungen in einer für das Familien-leben wenigstens einigermaßen hin-reichenden Größe und zu einem ihren Einkommen angepaßten Mietpreise zu erhalten!

Deshalb sind alle Forderungen auf schnelle Ausschaltung der öffent-lichen Hand aus dem Wohnungsbau ebenso unbefonnen, wie Maßnahmen, die den Zustrom ausländischen Kapitals für den Wohnungsbau sperren, ohne auch nur den geringsten Ertrag auf dem inlan-dischen Kapitalmarkt nachweisen zu können.

Baumarkt, Arbeitsmarkt und Gesamtzu-stand unserer Wirtschaft sind nicht vonein-ander zu trennen. Arbeiten doch allein im Baugewerbe und in der Bauindustrie etwa 3 Millionen fast ausschließlich kräf-tigste Männer. Ihre und ihrer Fa-milien Kaufkraft ist von ausschlaggeben-der Bedeutung für zahllose andere Be-rufs- und Gewerbegebiete. In dem hin-ter und liegenden außergewöhnlich mil-den Winter waren bereits im September etwa 50 Prozent mehr Facharbeiter ar-beitslos als sonst, und das war erst im Beginn der Reduzierung der Hausind-ustriemittel, der Welter der Sozialver-sicherungen, der Entschuldungsaktion der Städte mit der folgenden Verknappung der Sparkassengelder und der schließlich verlangten Mittel für Zwangsschulden-tilgung bei der Reichskasse.

Was die Arbeitslosigkeit für den Be-stand und die Zukunft der Familie be-deutet, kann daraus ersehen werden, daß nach Zählungen in der Krisenfür-sorge vom 15. Juli 1927 von 1.750.000 Krisenfällen zwei Drittel ganze Familien betrafen und ein Fünftel Ehepaare mit unterstützten Kindern. Heute sind rund 3,5 Millionen Arbeitslose in Deutsch-land vorhanden, und es ist überflüssig, Ausführungen über das Familienelend zu machen, das in dieser Zahl enthalten ist.

Die Ueberwindung dieser ungeheuer-lichen Einschränkungen der Lebensbasis — wirtschaftlich durch die Arbeitslosigkeit, räumlich durch die Wohnungsnot — ist

vielleicht das schwerste nationale Pro-blem, mit dem Deutschland ringt,

denn die Arbeitslosigkeit und Wohnungs-not bedrohen unmittelbar Gegenwart und Zukunft der deutschen Familie. Das Schicksal der Familie aber ist das Schicksal der Nation!

Keine Reichsbahndirektion Leipzig

Der Hauptansatz der Chemnitzer Ge-werbetammer besahe sich in seiner letzten Sitzung mit dem bekannten Plan der Er-richtung einer Reichsbahndirektion Leip-zig, die bekanntlich durch Teilung der Be-zirke Dresden und Halle geschaffen werden soll. Der Hauptansatz kam zu einer Ablehnung der Vorschläge, da er eine Trennung des sächsischen Wirtschaftsgebietes nicht für ratsam hielt und die wirt-schaftlichen Interessen Sachsens bei der bisherigen Geschlossenheit durch die Reichsbahndirektion Dresden am besten gewahrt werden könnten.

Die Regierung hat es sich leicht gemacht Haushalt-Balanzierung auf Kosten der sächsischen Bemeinden

Der Sächsische Gemeindevorstand teilt uns mit: Es ist außerordentlich verdienstlich, wenn die Regierung im Entwurf des ordentlichen Staatshaushaltplanes 1930 zum ersten Male seit 1924 das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben wieder hergestellt hat. Er hat aber gemeinsam mit dem Ver-band der Sächsischen Bezirksverbände in einer Eingabe den Landtag darauf hinweisen müs-sen, daß der Ausgleich im Staatshaushalt-plan

zu einem erheblichen Teile auf Kosten der sächsischen Gemeinden und Bezirks-verbände erzielt

ist, insofern die Ersparnisse in Kürzungen der bisher in den Staatshaushaltplan eingestell-ten Staatsbeiträgen für notwendige kommu-nale Aufgaben bestehen. Gesamtwirtschaftlich angesehen nützt es natürlich nichts, wenn auf der einen Seite der Staat seinen eigenen Haushalt balanciert, gleichzeitig aber ein entsprechend hoher oder erhöhter Beitrag im Haushalt der Gemeinden und Bezirks-verbände entsteht. Wie immer wieder be-tont werden muß,

bildet die ganze Finanzwirtschaft der öffentlichen Körperschaften, vom Reich angefangen bis herab zu den Gemeinden, eine Einheit,

und es ist gesamtwirtschaftlich das Gegen-teil einer Sanierung, wenn sich ein Lasten-träger auf Kosten eines anderen sanieren will. Wenn dies im Verhältnis zwischen dem Reich einerseits und den Ländern und Gemeinden andererseits auch von staatlicher Seite betont worden ist, so gilt das gleiche auch von dem Verhältnis zwischen Ländern und Gemeinden. Selbstverständlich verkennt der Sächsische Gemeindevorstand in keiner Weise die Notwendig-keit, daß auch die Gemeinden in derselben Weise, wie dies die Regierung in dem Ent-wurf des Staatshaushaltplanes getan hat, sich aus allererster Linie bemühen müssen, ihre Haushalte in Einnahmen und Aus-gaben auszugleichen und die von Jahr zu Jahr sich wiederholenden und wachsenden Fehlbeträge zu beseitigen oder wenigstens herabzumindern.

Die kommunalen Spitzenverbände sind nicht minder von der Ueberzeugung

durchdrungen, daß die kommunalen Kör-perschaften zu diesem Zwecke sehr scharfe Einschränkungen der Ausgaben auch auf lebenswichtigen Aufgabengebieten vor-zunehmen müssen.

Aber es darf nicht übersehen werden, daß die Aufgabe der Ausbalanzierung beim Staatshaushaltplan in wichtigen Punkten wesentlich leichter durchzuführen ist, als bei den Gemeinden.

Mehr Rücksicht auf die Belange der Gemeinden!

Der gestern in Nürnberg tagende Vor-stand des Deutschen Städtetages nahm einen Bericht über die Pläne der Reichs-finanzreform entgegen. Mit Bedauern wurde festgestellt, daß bisher die Frage der Fortführung einer geordneten ge-meindlichen Finanzwirtschaft unzu-länglich behandelt worden sei, obwohl deren Gestaltung für die Allgemeinheit ebenso wichtig sei wie die von Reich und Ländern. Reich und Länder mühten den Gemeinden die unbedingt erforderlichen Mittel sichern. Die Förderung des Woh-nungsbaues bleibe eine der wichtigsten kommunalen Fragen. Der laufende Be-darf von jährlich 250.000 Wohnungen müsse unter allen Umständen erstellt werden.

Die Heranziehung von Auslands-mitteln sei unerlässlich.

Fehlbetragsabschlüsse für 1929 und Fehlbetragsabschlüsse für 1930 würden die Städte mit allen Kräften vermeiden.

In einer Entschließung wird darauf hin-gewiesen, daß einschneidende Maßnahmen unerlässlich seien, um den durch den Druck der Erwerbslosenlasten drohenden finan-ziellen Zusammenbruch zu vermeiden. Mit großer Beschleunigung müsse die Arbei-tsförderung vom Reich neu geregelt, zeitlich unbefristet und allen Berufen, insbeson-dere auch den ungelerten Arbeitern gewährt werden.

Ben Alfiba wird Lügen gestraft Das ist noch nicht dagewesen

Der Brüsseler Kriminalpolizei ist es gelungen, den gefürchteten Museumsdieb zweier Welten zu verhaften, einen Mann, der eine richtige, wohlüberdachte Organi-sation für Museumsdiebstahl aufgezogen hat. Sein Name ist fast allen Polizeiver-waltungen der Welt bekannt. Er heißt Joseph Daglio.

D. hatte seiner Organisation einen „ver-italen“ Aufbau gegeben. Alles, was mit dem Museumsdiebstahl zusammenhängt, wurde von der Organisation selbst er-ledigt. Die technische Durchführung, der Transport, die Hehlerei, der Verkauf. Man war von niemandem abhängig.

Ueberall sahen Vertrauensleute, zum Teil bekannte Kunsthändler.

Nur so war es auch möglich, daß das „Squidlat“ so lange ungestört arbeiten konnte.

Die Gesellschaft arbeitete überaus vor-sichtig und auf wirtschaftlicher Basis. Sie ließ sich auf keinerlei Risiko ein. Sie sorgte zunächst nach, ob irgendwo Bedarf an Kunstgegenständen irgendwelcher Art bestand. Erst dann, wenn der Absatz in einem bestimmten Land garantiert war, schritt sie zur Ausführung der Diebstähle in einem anderen Land.

So wechselten die Gegenstände zu-beheimlich schnell ihre Besitzer

und waren längst in einem Museum oder einer privaten Sammlung untergebracht.

Das deutsche Brotgesetz

Der Reichstag setzte gestern zunächst die zweite Beratung des Gesetzes zum Schutze der Republik fort und beendete sie. Die Aussprache war kurzatmig. Die Bestimmungen ergaben im wesentlichen die Annahme der Ausschlußbeschlüsse und die Ablehnung aller Oppositionsanträge. Zum Schluß

wurde beschlossen, daß das Gesetz bis zum 31. Dezember 1932 in Kraft bleiben soll,

wenigstens aber so lange, bis das neue Strafgesetzbuch in Kraft tritt. Nun darf angenommen werden, daß das neue Strafgesetzbuch noch in diesem Jahre vom Reichstag verabschiedet wird. Sobald es in Kraft tritt, ist das Republikstutzgesetz

überhaupt überhaupt Atem schöpfen konnte.

Ein italienischer Bankier soll die Finan-zierung des oft recht kostspieligen Appa-rates besorgt haben. Er erhielt eine be-stimmte prozentuale Gewinnbeteiligung. Der Transport der gestohlenen Gegen-stände erfolgte in eigens dafür angefer-tigten Warenbälgen mit doppelten Böden. Daglios Vorstoß ging so weit, daß er sich, ehe er einen Gegenstand stehlen ließ,

Gutachten namhafter Kunstexperten einholte.

Er wollte völlig sicher gehen.

Es besteht der Verdacht, daß die Bande zahlreiche Diebstähle ausgeführt hat, die überhaupt nicht bemerkt wurden. Sie soll mit Kunstschülern zusammengearbeitet haben, die ihr auf Bestellung vorzügliche Kopien dieses oder jenes Werkes liefer-ten. Die Diebe suchten dann einfach das Original gegen die Kopie ein, und

es ist möglich, daß in vielen Museen jetzt nachgeahmte Bilder großer Mei-ster hängen, während die Originale längst an anderer Stelle sich befinden.

Auch in Deutschland hat die Bande oft-mals Gastspiele gegeben und sie dürfte auch hier viele Helfersteller haben. Wahr-scheinlich wird es im Verlauf der Unter-suchung noch zu einem großen internatio-nalen Kunstskandal kommen.

überflüssig, da seine wesentlichen Bestim-mungen dann im neuen Strafgesetzbuch stehen.

Mit größtem Interesse sah das hohe Haus der ersten Beratung des neuen Brotgesetzes des Reiches entgegen.

Dieses Gesetz, das erste seiner Art, schreibt für das tägliche Brot, das unsere Bäcker verkaufen, ein bestimmtes Gewicht vor, auch bestimmte Namen, Roggenbrot, Weizenbrot oder Mischbrot, und setzt fest, daß bei Weizenbrot reines Weizenmehl zu nehmen ist, das höchstens einen Zu-satz von 5 Prozent Roggenmehl haben darf. Umgekehrt liegen die Verhältnisse beim Roggenbrot. Bei Mischbrot haben die Bäcker freie Wahl, nach Herzenslust zu mischen. Für Roggen- und Weizen-brot aber gibt es gesetzliche Vorschriften,

reichsgerichtliche Kontrollen und Strafen, falls die Gesetzesvorschriften des Reiches irgendwie überschritten werden.

In der Aussprache mäkelte der Kom-munist Görnle an der Regierungsvorlage herum, er war aber mit seiner Weisheit schnell zu Ende, denn er hatte offenbar von den wirtschaftlichen Problemen, die dem neuen Reichsgesetz zugrunde liegen, keinen blauen Dunst. Es wurde daher allseits lebhaft begrüßt, daß der Reichs-ernährungsminister Dietrich sich erhob, und dem Kommunisten eine Vorlesung von der Regierungsbank aus hielt. Das ganze Haus spendete ihm lebhaften Bei-fall, als er erklärte:

Besser Roggen konsumieren, als bei der schlechten Finanzlage eine Um-menge überflüssigen Weizens ein-führen.

Neuerlich wirkungsvoll schloß der Mini-ster mit dem Hinweis, daß wir uns mit den Polen über die Roggenausfuhrpreise verständigen, daß jetzt aber die Sowjet-russen, die Freunde Görnles, auf dem Weltmarkt erscheinen und unsere Rog-genpreise unterbieten. Dieser Hieb sah. — Kleinere Vorlagen wurden hier-auf nach kürzeren Besprechungen den zu-ständigen Ausschüssen überwiesen.

Man versucht einig zu werden

Bei den gestrigen Finanzverhandlungen der fünf Regierungsparteien haben sich die Erörterungen vor allem auf die Frage der Arbeitslosenversicherung und des Problem der Steuererleichterung konzentriert. Bei der Arbeitslosenversicherung sind die Gegenseite in den Auffassungen nach wie vor sehr groß. Die Volkspartei ist ge-beten worden, für die nächsten interfrak-tionellen Besprechungen, die am Montag stattfinden, schriftliche Reformvorschlüsse zu unterbreiten, die dann Gegenstand der Aussprache sein sollen. Bei der Frage der Steuererleichterung ist

das Problem der Gewerbesteuer und Grundver-gewerbesteuer nunmehr in den Vordergrund gerückt.

Für beide Steuerarten verlangt die Deutsche Volkspartei im Rahmen der ge-planten Lastensenkung eine wesentliche Ermäßigung, und in parlamentarischen Kreisen hat man den Eindruck, daß grund-sätzliche Widerstände hiergegen von den anderen Parteien der Regierungsgemein-schaft nicht mehr erhoben werden.

Am Dienstag findet im Reichstag Ne-erste Lesung des Regierungsprogramms statt, die von Reichsfinanzminister Dr. Wolffenhauer mit einer kurzen Erklärung eingeleitet werden wird.

Moskau stellt sich um Weittragende Beschlüsse

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat gestern das Präsidium des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion unter Vorsitz Stalins fol-gende Beschlüsse gefaßt:

Nachdem die Sowjetbehörden bisher die individuellen Bauernwirtschaften zwangs-weise aufgelöst haben, hat die Partei fest-gestellt, daß eine solche Kollektivierung nicht mehr den Interessen der Partei entspricht. Die Partei verlangt, daß die Auflösung der individuellen Bauernwirt-schaften nicht mehr zwangsweise, sondern nur noch freiwillig erfolgen dürfe.

Das Polit-Büro der Kommunistischen Partei hat beschlossen:

1) Sofortige Einstellung sämtlicher Maßnahmen gegen die individuellen Bauernwirtschaften.

2) Sämtliche Märkte sollen sofort ge-öffnet werden.

Polen hat wieder mal eine Kabinettskrise

Western abend hat der polnische Sejm mit Stimmenmehrheit den Mißtrauens-antrag der Sozialisten gegen den Mini-ster für öffentliche Fürsorge, Oberst Pro-ktor, angenommen. Die Regierung hat sofort nach der Abstimmung den Sejm verlassen und eine Sitzung abgehalten, in der Ministerpräsident Bartels zu einer gemeinsamen Rücktrittserklärung beauf-tragt wurde. Bartel wird am Sonn-abend dem Staatspräsidenten das Rück-trittsgesuch überreichen.

Ghandi geht aufs Ganze

Wie aus Bombay gemeldet wird, fehlt Ghandi seinen Marich nach Watar fort, wo er alle indischen Beamten aufforderte, ihre Ämter zum Zeichen des Protestes gegen die Regierung niederzulegen. Er empfahl der Bevölkerung, sich nach Wabalpur zu begeben, wo es genügend Salz gäbe, um das staatliche Salzmonopol zu brechen. Ferner forderte er zur Verbrennung aller ausländischen Stoffe auf.

Wettervorhersage

Vorübergehend Erhöhung der Wetterlage und etwas freundlicherer Witterungscharakter. Teils neblig und wolfig, teils auch auf-beitend. Im Flachland von drüch leichtem Nachtfrost abgesehen. Wärmegrade. Oberes Erzgebirge vorwiegend leichter Frost.